

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Dr. Grube

Sehr geehrte Frau Kolbe

Sehr geehrter Herr Wegner

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Und ganz besonders herzlich begrüße ich die politischen Häftlinge der SED-Diktatur:

1

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Wir schreiben das Jahr 25 nach der Friedlichen Revolution. Wir haben uns daran erinnert, dass sich die Menschen in der DDR ihre Bürgerrechte auf den Straßen Leipzigs und anderswo Schritt für Schritt friedlich zurückerobert haben. Wir haben den Fall der Mauer gefeiert. Das 25-jährige Jubiläum der Auflösung der Staatsicherheit werden wir in Kürze begehen. Vor uns liegt das Gedenken an die ersten freien Wahlen in Ostdeutschland im März 1990 und schließlich als Höhepunkt die Feier der Deutschen Einheit.

Hier in diesem Saal sitzt eine ganze Reihe von Menschen, die diesen Feiern jedoch mit einem zwiespältigen Gefühl zuschauen. Sie hören die Festreden und stellen fest, dass zwischen der Festtagsrhetorik und der täglichen Realität eine gewaltige Lücke klafft. Fernab der Festreden ist von einer wirklichen Anerkennung der Leiden der Opfer nur wenig zu spüren.

Sie denken dann an jahrelange Kämpfe mit Gerichten und Behörden, an demütigende, in kühlem Kanzleideutsch verfasste Ablehnungen, an unsensible und ungläubige Gutachter und Behördenmitarbeiter, die die Repression nicht selten mit einer Haltung des "nun stellen sie sich doch mal nicht so an" herunterspielen.

Sie denken an überwindbare Beweisanforderungen, denn selbst eine Diktatur hält nicht jede Repression in den Akten fest. Die Opfer werden immer wieder in die Rolle des Bittstellers gedrängt.

Der Staat, so scheint es, gewährt ihnen die Wiedergutmachung nur äußerst widerwillig. Die Wiedergutmachung scheint ihm nicht Ehrensache, sondern

eine lästige Pflicht zu sein, die je nach politischer Großwetterlage großzügiger oder kleinlicher gehandhabt wird.

Haben Sie sich schon einmal gefragt, welchen Anteil die politischen Gefangenen der SED-Diktatur daran haben, dass das Bewusstsein von Freiheit und Demokratie in der DDR erhalten blieb?

Derzeit berät der Bundestag über eine Erhöhung der Opferrente. Was als großer Schritt im Revolutionsjahr gefeiert wird, ist allerdings nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein, der nur wenigen etwas Linderung verschafft.

Die demütigenden Verfahren bleiben weiter bestehen, ein großer Teil der Opfer bleibt weiter außen vor. Und dies vor dem Hintergrund, dass Mitläufer und Träger des Unrechtsstaats weiter mit enormen Sonderpensionen bedacht werden.

Und nicht zuletzt ist es für die Opfer geradezu zynisch, dass die SED, die sich den Namen „DIE LINKE“ zugelegt hat, in Thüringen wieder nach der Macht greift. Eine Partei bekommt Regierungsverantwortung, die SED-Sekretäre, Redakteure von SED-Organen, Offiziere der Grenztruppen und ehemalige Stasi-IM in den Landtag schickt. Die SED und ihre Handlanger von der Staatsicherheit sind offenbar in der heutigen Gesellschaft salonfähig. Und andere demokratische Parteien helfen noch dabei.

Das ist die Realität abseits der Jahrestage.

Man sagt den Opfern der SED-Diktatur: „Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat. Wenn Sie Ansprüche haben, wenden Sie sich an die Politiker, an die Öffentlichkeit und die Gerichte.“

Was ist aber, wenn die Opfer der Repression dazu keine Kraft mehr haben? Weil sie traumatisiert sind? Weil sie einfach keine Kraft mehr haben, sich den jahrelangen Auseinandersetzungen zu stellen?

Dann bleibt ihnen das, was ihnen das Leben gerade noch erträglich macht. Menschen, die sich unter Einsatz ihrer ganzen Existenz gegen die SED-Diktatur aufgelehnt haben, werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Das hat sich bis heute nicht geändert.

Wenn die Häftlingsverbände für diese Menschen finanzielle Verbesserungen, mehr psychologische Beratung und öffentliche Anerkennung ihres Leidens fordern, dann sagt man ihnen: „Habt ihr immer noch nicht genug? Irgendwann muss einmal Schluss sein.“ Aber für die ehemaligen politischen Häftlinge ist nicht Schluss. Sie leiden auch noch morgen unter den Folgen der unsäglichen Haftbedingungen. Das muss geändert werden. Die UOKG wird diese Forderungen immer wieder vortragen.

Und damit sind wir bei der Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in der SED-Diktatur. Es beginnt bereits damit, dass man den Häftlingen den Begriff „Zwangsarbeit“ nicht zugestehen will. Doch ich frage Sie, welches Wort ist angemessen?

Da wurden Häftlinge entgegen allen internationalen Konventionen unter Tage im Kupfer- und Kohlebergbau eingesetzt. Strafgefangene erlitten chronische Schäden in den Chlorfabriken von Buna und Bitterfeld. Sie ruinierten ihren Körper beim Gleisbau in den Kohlegruben. Sie waren radioaktiver Strahlung ausgesetzt, wie in Volkstedt bei der Produktion von Schlackesteinen. Sie haben in Naumburg und in Hoheneck unter unmenschlichen Bedingungen im Akkord für die DDR-Wirtschaft schufteten müssen. Häftlinge haben für die Deutsche Reichsbahn der DDR in schwerster Handarbeit Gleise demontiert und Waggons verschrottet.

Das alles war Zwangsarbeit im völkerrechtlichen Sinne. Deshalb werden wir weiter von Zwangsarbeit sprechen.

Wem dieses Argument noch nicht reicht, der sollte sich einmal folgende Frage stellen:

Die SED hat Mauer und Schießbefehl zu verantworten. Sie verfügte mit der Staatssicherheit über den größten Repressionsapparat der Welt. Warum sollte diese Diktatur ausgerechnet auf die Zwangsarbeit verzichten?

Es ist an der Zeit, dass die deutsche Öffentlichkeit diese schweren Verletzungen der Menschenrechte zur Kenntnis nimmt und mit dem Namen benennt, der einzig angemessen ist: Zwangsarbeit.

Die UOKG fordert deshalb eine umfassende Dokumentation über alle Betriebe und ihre Nachfolger, die in der DDR Zwangsarbeiter eingesetzt haben.

Wir fordern eine öffentliche Entschuldigung aller nutznießenden Firmen in Ost und West. Die heute vielfach betonte Unwissenheit über die Verhältnisse in den Produktionsstätten der Gefängnisse können wir nicht akzeptieren.

Wir fordern Entschädigungen für die unschuldig inhaftierten politischen Gefangenen. Wenn ihre Verurteilung unrechtmäßig war, dann war auch der Einsatz zur Zwangsarbeit unrechtmäßig.

Wir fordern eine Überprüfung und Neubewertung aller durch Zwangsarbeit bedingten Unfälle, Berufskrankheiten sowie physischen und psychischen Folgeschäden.

Wir fordern einen Runden Tisch an dem Betroffene, Opferverbände, Politik und die betroffenen Firmen sowie ihre Nachfolgebetriebe über die Konsequenzen der Zwangsarbeit sprechen.

Liebe Kameradinnen und Kameraden

Wir sind auf dem Weg. Bisher haben wir nur wenige Unterstützer in Politik und Wirtschaft. IKEA und hat vor zwei Jahren die Häftlinge um Entschuldigung gebeten. Ohne IKEA hätten wir die Untersuchung zum System der Zwangsarbeit in der DDR nicht veröffentlichen können. Mit dem nochmaligen Dank an IKEA verbinde ich den Wunsch, dass sich weitere Firmen diesem vorbildlichen Verhalten anschließen. Wir stehen mit weiteren Firmen in positiven Gesprächen.

Seit August 2014 befinden wir uns nun im Gespräch mit der Deutschen Bahn AG.

Sehr geehrter Herr Dr. Grube.

Ich erinnere mich lebhaft an unser Gespräch im August 2014. Sie sagten damals sinngemäß: „Das war Unrecht. Dieses Unrecht werde ich vor den Häftlingen beim Namen nennen.“ Sie kündigten eine eigene Untersuchung zur Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn an. Ich freue mich, dass Sie beide Ankündigungen wahrgemacht haben. Das Forschungsprojekt der Bahn zur Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn der DDR ist in Gang gekommen. Wir erwarten uns davon wichtige neue Erkenntnisse. Die Deutsche Bahn sollte weiterhin darüber nachdenken, wie sie die UOKG auch zwischenzeitlich

finanziell unterstützen kann, damit das Projekt „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR“ auch weiterhin auf einem gesicherten Weg bleibt.

Lieber Herr Grube, ich gebe Ihnen das Wort.